

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der letzten Woche habe ich beim Einkaufen schon die ersten Marzipankartoffeln und Weihnachtsgebäck in den Auslagen gesehen. Ich denke, hierfür ist es noch viel zu früh. Die Herbstsonne lockt uns noch mal nach draußen, um diese schöne Jahreszeit mit seiner Farbenvielfalt zu genießen. Die Wälder verfärben sich langsam und die Kinder sammeln Kastanien und basteln Laternen. Auch wir wollen diese Zeit produktiv nutzen und bereiten uns schon jetzt auf den Landtagswahlkampf 2012 vor.

Die Landtagskandidatenaufstellungen im Kreis sind abgeschlossen. Wir haben in allen drei Wahlkreisen sehr gut Veranstaltungen erlebt, die Berichte über diese Veranstaltungen findet ihr in unserer Zeitung.

Der Kreisvorstand hatte auf dem Parteitag in Satrup von euch den Auftrag erhalten, dass wir uns um die Parteireform kümmern sollten. Dieses haben wir gemacht, in dem wir alle Unterlagen versandt und einen Kreisverbandsausschuss nach den Sommerferien einberufen haben. Dieser fand in Gammellund statt, dort haben wir mit dem Parteiratsvorsitzenden Sönke Rix intensiv über die Parteireform diskutiert. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass wir keine Öffnung der Partei für Nichtmitglieder wollen. Dieses hat der Kreisvorstand in einem Antrag über den Parteirat an den Landesvorstand weitergeleitet. Der Landesvorstand soll hierzu ein Papier erarbeiten, welches zum Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 weitergeleitet wird. Der Antrag liegt in seiner Erstfassung unserer Zeitung bei.

Vorsorglich weise ich euch jetzt schon einmal auf den nächsten Kreisparteitag am

22. November 2011 hin. Der Ort steht noch nicht fest. Die Einladung hierfür wird zu einem späteren Zeitpunkt verschickt. Auf dem Kreisparteitag wollen wir das Landeswahlprogramm mit den Delegierten der Ortsvereine diskutieren und ggf. Anträge erarbeiten, die dann auf dem Landesparteitag im Februar zur Abstimmung gebracht werden sollen.

Das Wahlprogramm für die Landtagswahl wird für die nächsten fünf Jahre erarbeitet. Daher ist es sehr wichtig, dass wir gemeinsam mit den Ortsvereinen dieses Wahlprogramm mitgestalten, um so unsere Vorstellungen und Anregungen einzubringen.

Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen einen schönen Herbst, genießt die Natur mit all seinem Reichtum, sei es ein frisch gepflückter Apfel, die selbst gekochte Marmelade oder ein Spaziergang durch unseren vielfältigen Kreis.

Euer *Ralf Wrobel*

Wichtige Termine:

KV-Sitzungen 2011 (immer öffentlich):

04.10., 08.11., 06.12.

25.10.2011: Monokultur und Biogaslagen
Landtagsfraktion in Steinfeld

29.10.2011: Klausur des Kreisvorstandes

22.11.2011: 19:30 Uhr Kreisparteitag

03.12.2011: Adventskaffe SPD Glücksburg

12.12.2011: Redaktionsschluss KV Intern

21.12.2011: Kreistagssitzung SL-FL

04./05. 02.2012: Landesparteitag Lübeck

06.05.2012 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

SPD KV-INTERN

Aktuelles aus der Homepage der AG 60plus Flensburg – Schleswig vom 7. September 2011



Uwe Langholz wiedergewählt

In der heutigen Mitgliederversammlung in Husby wurde Uwe Langholz zum Vorsitzenden der fusionierten AG60+plus der Kreisverbände Flensburg und Flensburg-Schleswig einstimmig wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Erika Wolitz und Hermann Jobben gewählt.

Zu Beisitzern wurden: Klara Plenk, Hans-Hermann Callessen, Werner Kremer, Werner Karkutt, Harald Schacht, Udo Meyer und Lothar Jacobi gewählt.

Als Delegierte für den Kreisparteitag in Flensburg wurden Uwe Langholz und Henry Lau gewählt.

Zur Wiederwahl gratulierte der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und verband die Gratulation mit dem Wunsch die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzuführen.

Die Redaktion des KV Intern gratuliert den neugewählten Vorstand der AG 60plus und wünscht weiterhin viel Erfolg!

Ein ganz besonderer Tag im Kieler Landtag

Die SPD-Landtagsabgeordnete Birte Pauls und Karin Prange beteiligten sich an der Aktion „verstehen.erleben.begegnen“ der Lebenshilfe Schleswig-Holstein und des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Ich finde die Veranstaltungsreihe „verstehen. erleben. begegnen“ eine tolle Idee und beteilige mich gerne an der Aktion „1 Tag in der Politik“.

Karin Prange und ich haben uns bei meinem Besuch bei „Mittenmang“ kennengelernt, sie war sehr in Politik interessiert und glänzte mit viel Wissen um politische Geschichte. Deshalb fragte ich sie, ob sie Lust hätte, mich einen Tag im Rahmen des Projektes zu begleiten.

Wir verbrachten den ganzen Tag zusammen, Karin Prange nahm an Sitzungen teil und erfuhr im persönlichen Gespräch Hintergründe und Arbeitsweisen. Ein Rundgang durchs Haus und Plenarsaal, sowie ein Essen in der Kantine gehörten natürlich auch dazu.

Karin Prange liebt das Fotografieren. „Mir sind nicht die Parteien, sondern die Menschen die dahinter stehen wichtig“ so Frau Prange. Deshalb sind wir durchs Haus und haben auch neben allen SPD Abgeordne-



SPD KV-INTERN

ten auch in den anderen Fraktionen Fotos gemacht.

Johannes Callsen, CDU, begrüßte uns in seinem neuen Büro und stand uns dabei genauso zur Verfügung wie Anke Spoorendonk, SSW, und Wolfgang Kubicki, FDP.

Das ist eine gute Möglichkeit, sich mit Menschen mit Behinderung über verschiedene Themen auszutauschen, das gibt mir wertvolle Anregungen und Hinweise für meine politische Arbeit, wie z.B. bei der Sprache. Wir Politiker haben ja leider oft die Eigenschaft sehr blumig und mit Fremdwörtern gespickt zu reden, einfache klare Sätze in deutlicher Sprache, wären besser, damit uns auch alle verstehen.

„Für uns Beide war das ein wirklich toller Tag“.

Birte Pauls

Unverantwortliche Entscheidung im Bundestag

Der Bundestag hat am 7. Juli 2011 dem umstrittenen Gesetz zur Erprobung der Speicherung von Kohlendioxid, der so genannten CCS-Technologie gegen die Stimmen der Opposition zugestimmt. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen hat dem Gesetz zugestimmt! Am 23. September 2011 wird der Bundesrat über dieses Gesetz beraten. Viele Bürger fürchten durch ein unkontrolliertes Entweichen des Gases Schäden für Umwelt, Tiere und Menschen.

Die SPD lehnt das Gesetz ab, weil die Frage der Haftung für eine mögliche Leckage nicht ausreichend geklärt ist. Es fehlen im Gesetz auch juristische Regelungen zur

möglichen Trinkwasserbelastung und zum Pipeline-Bau.

Betroffen von dem Gesetz ist auch Schleswig-Holstein. Bundesländer können nun Flächen ausweisen, auf denen die Erforschung der Technologie explizit erlaubt oder explizit verboten ist. Schleswig-Holstein ist bereits dabei, ein entsprechendes Landesgesetz vorzubereiten.

Das CCS-Gesetz geht auf eine Richtlinie der Europäischen Union zurück: Alle EU-Länder müssen ein Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid vorgeben und bis Mitte 2011 umsetzen. Die Richtlinie sieht allerdings auch die Möglichkeit vor, mittels Gesetz die CO₂-Verpressung zu verbieten. Im Dezember hatten auch Bürgerinitiativen bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Bundesregierung aber will die Technologie erproben lassen. Kohlendioxid, das beispielsweise bei der Produktion von Strom aus Kohlekraftwerken entsteht, könnte abgespalten und unterirdisch verpresst werden, um weniger des schädlichen Gases in die Atmosphäre zu entlassen. In Deutschland wird diese Technologie vermutlich nie großflächig bei der Energieherstellung eingesetzt, da sie zu teuer ist und Deutschland stattdessen in erneuerbare Energien investiert. Die Wirtschaft erhofft sich allerdings einen Export der Technologie beispielsweise nach China.

In unserer Region protestieren zahlreiche Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen gegen die CO₂-Lagerung. Sie fürchten, dass das Gas ausströmen könnte, dass durch den Überdruck in den salinen Schichten unter der Erde Salzwasser ins Trinkwasser gelangen könnte und dass sie für Bohrungen und wegen unzureichender Sicherheit ihre Häuser verlassen müssen.

In den nächsten Monaten werden weitere Proteste erwartet. Der Kreisverband

SPD KV-INTERN

Schleswig-Flensburg unterstützt seit Jahren die Bürgerinitiative in Schafflund und wird sich massiv gegen die Speicherung von CO₂ einsetzen.

Nach der Sommerpause will die schwarzgelbe Landesregierung ein Gesetz im Kieler Landtag einbringen, wo ein Verbot der Speicherung von Kohlendioxid verankert werden soll.

Wir werden die Entwicklung zu diesem Verbot aktiv begleiten und den Versprechen des Ministerpräsidenten messen, der gegen die Speicherung von CO₂ ist. Interessant ist das Abstimmungsverhalten des CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen. Er hat dem Gesetz am 7. Juli 2011 im Bundestag zugestimmt.

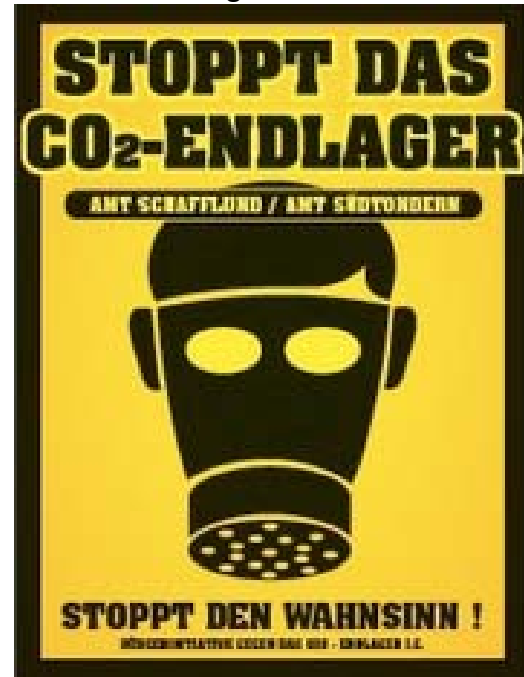
Kein CCS-Gesetz – Kreisvorstand begrüßt die Entscheidung des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 23. September 2012 das Gesetz zur unterirdischen Einlagerung von Kohlendioxid abgelehnt. Aus verschiedenen Gründen konnten sich die Bundesländer das vom Bundestag vorgelegte Gesetzeswerk nicht einigen und lehnten es ab. Den Vermittlungsausschuss hat der Bundesrat nicht angerufen, damit liegt der Ball nun entweder bei der Regierung oder beim Bundestag.

Im Bundesrat gab es auch keine Mehrheit zur Anrufung des Vermittlungsausschusses. So kann das Gesetz nur noch auf Initiative der Bundesregierung oder des Bundestags über den Umweg dieses Gremiums gerettet werden.

Diese sogenannten CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) gilt als Voraussetzung, um in Deutschland Kohlekraftwerke auf Dauer wirtschaftlich betreiben zu können, da sonst Rechte zum CO₂-Ausstoß an

der Börse gekauft werden müssen. Deutschland droht nun aber auch ein Vertragsverletzungsverfahren, da die EU-CCS-Richtlinie eigentlich schon im Juni in nationales Recht umgesetzt werden musste.



Nun wird die Frage sein, ob die schwarzgelbe Bundesregierung sich neben ihren diversen anderen Baustellen auch noch auf eine Fortsetzung der Auseinandersetzung um das CCS-Gesetz einlassen kann. Ursprünglich hatte ein entsprechendes Gesetz bereits in im Sommer 2009 verabschiedet werden sollen. Allerdings hatte seinerzeit die CDU im Vorfeld der Bundestagswahlen kalte Füße bekommen, weil in den betroffenen ländlichen Gebieten nicht zuletzt ihre Stammwählerschaft auf die Barrikaden ging.

Die SPD ist der Region und den Menschen, die hier leben und die CO₂-Speicherung ablehnen, verpflichtet.

SPD KV-INTERN

SPD hat ihre drei Landtagskandidaten nominiert

Die SPD im Kreis Schleswig-Flensburg hat auf drei Wahlkreisversammlungen mit über 150 Teilnehmenden ihre drei Landtagskandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 gewählt.

Auf der ersten Wahlkreis-Konferenz für den Wahlkreis Flensburg Land in Handewitt wurde Dr. Jens Maßlo mit großer Mehrheit gewählt. Als Schwerpunkte seiner Arbeit nannte Maßlo, der Vorsitzender des Regionalentwicklungsausschusses ist, in der Wirtschaftsförderung, den Tourismus, den Natur- und Umweltschutz und in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Maßlo ist im Kreis SL-FL herumgekommen und hat viel mit den Menschen gesprochen. „Ich weiß, wo unsere Stärken liegen“, so Maßlo.



Ralf Wrobel trat bei der zweiten Wahlkreis-Konferenz im Wahlkreis Schleswig Nord in Böklund an und wurde mit einem überzeugenden Ergebnis ebenfalls gewählt. Ralf Wrobel setzte in seiner Bewerbungsrede seine Schwerpunkte auf die Kommunal- und Ämterstrukturen, Finanzen in den Gemeinden, Erhaltung der Gemeinde- Kreis und Landesstraßen, Schulsituation im ländlichen Raum, Arbeitsmarkt in der Region und erneuerbare Energien. „Ich weiß, wo den Menschen in unserer Region der Schuh drückt“, so Wrobel.



Auf der dritten Wahlkreis-Konferenz in Ruhekrug trat Birte Pauls wieder für den Wahlkreis Schleswig an, wo sie ein beeindruckendes Wahlergebnis erhielt. Birte Pauls legt die Schwerpunkte u. a. in die Bereiche der grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, für die Stärkung der Wirtschaft, für Betriebsansiedlungen und zur Schaffung von guten Arbeitsplätzen für junge Menschen, die für die Region wichtig sind. Weiterhin setzt Birte Pauls sich ein für gute Lebensbedingungen im Alter und legt ihr Gewicht auf eine gute wohnortnahe Pflege und Verbesserung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. „Dies darf nicht vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig sein“, so Birte Pauls. Berufliche Rahmenbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie die Aus- und Weiterbildung müssen so geändert werden, dass die Gesundheitsberufe für junge Leute müssen attraktiver werden.



SPD KV-INTERN

Fördeland-Therme

Liebe Genossinnen und Genossen,

kaum eine kommunalpolitische Entscheidung hat in den letzten Wochen die Wogen so hochschlagen lassen, wie die finanzielle Situation der Fördeland Therme Glücksburg und die hieraus resultierende Verlustabdeckung.

Zur Vorgeschichte:

Der Tourismus ist in unserem Kreis von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung. So ist jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. Als die Stadt Glücksburg Anfang des neuen Jahrtausends einen Neubau ihres Wellenbades plante, hat sich auch der Kreis bereit erklärt, sich an diesem weit über die Region (Stichwort: Saisonverlängerung) so wichtigen Projektes zu beteiligen.

Zwei Mal sind die – eigentlich – verhandelten Verträge auf Initiative des damaligen Tourismusministeriums und des Innenministeriums zu Lasten des Kreises verändert worden. Nachdem wir (der Kreistag) einmal über das Stöckchen gehüpft waren, sind wir dann auch zwei weitere Male gehüpft!

Im Jahre 2004 wurde dann durch eine „Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über eine Folgekostenbeteiligung bei dem Betrieb des Erlebnisbades/Wellnesszentrum in Glücksburg“ zwischen der Stadt Glücksburg und dem Kreis Schleswig-Flensburg die rechtlichen Rahmenbedingungen gesetzt.

Im Kern sieht diese Folgekostenvereinbarung vor, dass durch die Auswahl eines geeigneten Betreibers das Finanzrisiko für die Folgekosten durch den künftigen Betreiber getragen werden sollte und somit der Betrieb ohne Defizitübernahme seitens der Stadt Glücksburg sowie des Kreis-



es Schleswig-Flensburg erfolgen sollte. Vertraglich wurde folgendes geregelt:

1. Wenn im Falle einer Insolvenz des Betreibers dennoch eine Defizitabdeckung unabweislich werden sollte, so trägt diese die Stadt Glücksburg bis zu 60.000,-€ pro Jahr.
2. Wenn das Defizit noch größer werden sollte, dann wird das übersteigende Defizit bis zu Höhe weiterer 80.000,-€ zu 75% (=60.000,-€) vom Kreis übernommen, während 25% (=20.000,-€) von der Stadt Flensburg getragen wird.
3. Bei weiteren Unterschussbeträgen sollen diese von den Gemeinden der Region (max. 1€ pro Einwohner bei 103.000 Einwohner der Region) getragen werden.
4. Darüber hinaus ist der Kreis grundsätzlich unbegrenzt verlustabdeckungspflichtig und zwar insoweit wie die Stadt Glücksburg den Fehlbetrag nach den Richtlinien zum kommunalen Bedarfsfond nach dem FAG in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft ausgleichen kann.
5. Diese Verpflichtung gilt für einen Zeitraum von 15 Jahren und endet damit am 27.03.2022.

Die Eröffnung der Fördeland Therme erfolgte am 23.03.2007. Der Betrieb der Therme erfolgte durch die Deyle-Gruppe Stuttgart aufgrund eines Vertrages zwischen Glücksburg und der Deyle-Gruppe. Dieser Vertrag hatte eine Laufzeit von 25 Jahren. Dieser Vertrag wurde vorzeitig zum 31.02.2009 von der Deyle-Gruppe aufgekündigt aufgrund der Tatsache, dass auf dem Campusgelände in Flensburg – in 5 km Entfernung – ebenfalls ein Erlebnisbad mit Wellnesszentrum gebaut wurde. Die sich anschließenden Streitigkeiten endeten mit einer einvernehmlichen Auf-

SPD KV-INTERN

hebung des Vertrages (Einvernehmlich zwischen Deyle und Glücksburg! Der Kreis wurde in diese Entscheidung nicht mit einbezogen!) hinsichtlich des Badbetriebs zum 31.05.2009. Seit dem 01. Juni 2009 wird die Fördeland Therme durch die Fördeland Therme Glücksburg GmbH, einer 100 %igen Tochter der Stadt Glücksburg betrieben.

Grundsätzlich hatte die Kreistagsfraktion zwei Möglichkeiten in ihrer Entscheidung:

Variante 1:

Der Kreistag stellt fest, dass nach der Entlassung des Betreibers aus der ursprünglich existierenden vertraglichen Verpflichtung durch die Fördelandtherme GmbH bzw. die Stadt Glücksburg aus der zwischen Kreis und der Stadt Glücksburg bestehenden Vereinbarung „über eine Folgekostenbeteiligung bei dem Betrieb des Erlebnisbades / Wellnesszentrums in Glücksburg“ keine Zahlungsverpflichtungen erwachsen.

Eine Zuwendung an die Stadt Glücksburg als freiwillige Leistung wird aufgrund der angespannten Finanzsituation abgelehnt. Die Therme wird ohne weiteren finanziellen Mittel zur Attraktivitätssteigerung weiterbetrieben, um möglichst dicht an das Auslaufen der Bindungsfristen bei den Fördermitteln (z.Zt. noch 13 Jahre) zu kommen. Dann muss leider „der Bagger kommen“.

oder **Variante 2:**

Der Kreistag erklärt seine Bereitschaft, durch Leistung einer Ausgleichszahlung in Höhe von bis zu 2.322.000 € zu einer Auflösung der oben beschriebenen Folgekostenvereinbarung mit der Stadt Glücksburg zu kommen. Die Ausgleichszahlung soll durch Übernahme entsprechender Kreditverbindlichkeiten erfolgen.

Der rechtliche Ansatz für eine Nichtzahlung des Kreises liegt in der einvernehmli-

chen Auflösung des Betreibervertrages zwischen der Deyle-Gruppe und der Stadt Glücksburg.

Auch wenn amn die Entscheidung der Stadt Glücksburg in gewisser Weise nachvollziehen kann, sie erscheinen nicht geeignet, eine Unabweisbarkeit im Sinne der Folgekostenvereinbarung herbeizuführen. Die Einstellung der Pachtzahlungen durch den Betreiber stellte ein nachvollziehbares Problem für die Gesellschaft dar, da durch sie der Schuldendienst für die bestehenden Kreditverpflichtungen aus der Erstellung des Bades sichergestellt werden sollte. Jedoch hätte die Zahlungsverpflichtung durch entsprechende gerichtliche Schritte durchgesetzt werden können, was die Gesellschaft auch zunächst tat. Die zwischenzeitliche Liquiditätslücke hätte durch Inanspruchnahme einer 500 T€ umfassenden Bürgschaft und im Übrigen durch einen Kassenkredit der Stadt Glücksburg geschlossen werden können, wie es ja auch heute der Fall ist.

Eine verschlechterte Betriebsführung mag die Attraktivität des Bades negativ beeinflusst haben, sie hätte jedoch in keinem Fall zu finanziellen Belastungen bei der Fördelandtherme GmbH geführt, da hieraus resultierende Erlösminderungen allein dem wirtschaftlichen Risiko des Betreibers zuzuordnen waren.

Hieraus kann die Rechtsauffassung abgeleitet werden, dass die nunmehr bei der Stadt Glücksburg wirtschaftlich auflaufenden Betriebsverluste der Fördeland Therme eben nicht unabweisbar sind und deshalb auch keine Zahlungsverpflichtung des Kreises auslösen.

Die SPD-Kreistagsfraktion macht sich die dargestellte Auffassung nicht zu Eigen und lehnt daher die Variante 1ab.

Hierfür gibt es nach Meinung der Fraktion mehrere Gründe:

SPD KV-INTERN

1. Wenn der Kreis keine Zahlungen an die Stadt Glücksburg tätigen würde, dann ist damit zu rechnen, dass die Stadt Glücksburg eine Klärung dieser Frage auf dem Rechtsweg anstrebt. Hiermit sind nicht unerheblichen Verfahrenskosten verbunden und es besteht eine nicht unerhebliche Unsicherheit hinsichtlich des Verfahrensergebnisses.
2. Bei aller Unterschiedlichkeit in der Betrachtung sind beide doch Partner innerhalb der kommunalen Familie. Der Kreis muss sich in seinem Verhalten deutlich vom Oberzentrum abheben.
3. Der Tourismus ist das herausgehobene wirtschaftliche Standbein in unserem Kreis. Glücksburg ist das touristische Zentrum in unserem Kreis. Eine Förderung der Stadt Glücksburg in einem bestimmten Projekt ist eine typische Ausgleichsfunktion des Kreises und kommt der ganzen Region zu Gute.
4. Ein vertretbarer Kompromiss ist einem Rechtsstreit immer vorzuziehen. – denn: Auf hoher See und vor Gericht sind alle in Gottes Hand!

Eine für beide Seiten tragbare, dauerhafte Lösung zu beschließen war das Ziel unserer Überlegungen:

Eine solche Lösung bestehen darin, die Folgekostenvereinbarung gegen Leistung einer Ausgleichszahlung ersatzlos aufzuheben. Die Höhe der Ausgleichszahlung wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aus den voraussichtlichen Verlusten der Gesellschaft auf Grundlage des Jahresabschlusses 2010 sowie des Wirtschaftsplanes 2011 für die Laufzeit der Folgekostenvereinbarung berechnet.

Hierzu liegt ein Vorschlag der Stadt Glücksburg vor, in dem diese die Finanzierungskosten des Objektes gänzlich übernimmt. Die bestehenden Kreditverpflichtungen der Gesellschaft sollen auf die Stadt übertragen werden, wodurch sich

der voraussichtliche jährliche Verlust der Gesellschaft ab dem Jahr 2012 um rund 260.000 € verringert. Der Vorschlag sieht weiter vor, dass die Stadt Glücksburg den Finanzierungsanteil der Umlandgemeinden (s.o.), der voraussichtlich ausfallen wird, bis zu einem Betrag von 40.000 € übernimmt. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich eine Ausgleichszahlung des Kreises von 2.973.079,60 €.

Diese Lösung hat den Vorteil, dass die unternehmerische Verantwortung für den Betrieb der Fördeland Therme zukünftig mit der Finanzierungsverantwortung bei der Stadt Glücksburg zusammengeführt wird und dauerhafte Streitigkeiten über die Verlustentwicklung des Objektes zwischen Stadt und Kreis vermieden werden. Der Vorschlag entspricht an einer Stelle nicht den Kreisinteressen: Der Anteil der Umlandgemeinden beträgt nach der Folgekostenvereinbarung bis zu 1 €/Einwohner der Kreisgemeinden, die von dem Betrieb der Fördeland Therme touristisch bevorteilt werden. Nach den Untersuchungen, die dem damaligen Projektantrag zugrunde lagen, sind hiervon nach heutigen Stand rund 103.500 Einwohner betroffen. Der Finanzierungsanteil der Umlandgemeinden beträgt daher maximal 103.500 €. Dieser Anteil ist von der Stadt Glücksburg einzuwerben bzw. zu tragen, soweit dies nicht gelungen ist. Unter Berücksichtigung dieses Anteils verringert sich die Höhe der Ausgleichszahlung auf 2.322.003 €.

Der ausgewiesene Ausgleichsbetrag soll nicht durch Barzahlung erbracht werden, sondern durch Übernahme von Kreditverbindlichkeiten von der Stadt Glücksburg. So wird eine Belastung des Kreishaushaltes durch eine Einzelzahlung vermieden und eine gleichmäßige Verteilung erreicht. Die Belastung durch Zinsen wird dadurch um rund 95.100 € p.a. und durch Tilgung um rund 79.000 € p.a. steigen.

SPD KV-INTERN

Die Abdeckung der verbleibenden Verluste aus dem Betrieb der Fördeland Therme durch die Stadt Glücksburg kann eine Beihilfe im Sinne des Art. 87 Abs. 1 des EG-Vertrages darstellen. In diesem Fall wäre eine Zahlung von der Stadt Glücksburg an die Fördeland Therme GmbH grundsätzlich unzulässig und damit eine Ausgleichsleistung des Kreises nicht erforderlich.

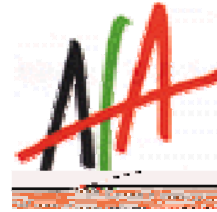
Zusammenfassend wird die SPD-Kreistagsfraktion in der nächsten Kreistagsitzung folgenden Beschluss unterstützen:

1. Der Kreistag erklärt seine Bereitschaft, durch Leistung einer Ausgleichszahlung in Höhe von bis zu 2.322.000 € zu einer Auflösung der oben beschriebenen Folgekostenvereinbarung mit der Stadt Glücksburg zu kommen. Die Ausgleichszahlung soll durch Übernahme entsprechender Kreditverbindlichkeiten erfolgen.
2. Voraussetzung ist, dass die Stadt Glücksburg dem Kreis eine Generalquittung in dieser Angelegenheit ausstellt und das Innenministerium keine kommunalrechtlichen Bedenken zu diesem Verfahren erhebt.
3. Für den Fall einer sich im Weiteren herausstellenden Unzulässigkeit der Verlustabdeckung aufgrund des EU-Rechtes soll die abzuschließende Vereinbarung mit der Stadt Glücksburg eine Rückabwicklungsklausel aufweisen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr die Entscheidungsgründe der Kreistagsfraktion in dieser Angelegenheit nachvollziehen könntet.

Fest steht für uns: Ein erneutes Engagement des Kreises in Spass-, Erlebnis- oder Solebäder wird es mit Zustimmung der SPD nicht geben!

Euer Ingo Degner



Aktive Arbeit in der AfA Schleswig-Flensburg

In den letzten Monaten hat sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Schleswig-Flensburg mit vielerlei Themen wie zum Beispiel die geplante Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) durch die Bundesregierung beschäftigt. Hier hat die AfA konkrete Forderungen zur Sicherung der Beschäftigten im § 32 zum Beschäftigtendatenschutz aufgestellt und die Bundespartei als auch die AfA in SH und Bundes-AfA um eine Stellungnahme aus Sicht der Partei gebeten.

Am 26. August 2011 waren Peter Casper, Reinhard Vieth und Anne Marxen zu einem Gespräch bei Torsten Albig vorstellig. Das Gespräch verlief sehr konstruktiv. Torsten Albig erklärte, dass ihm die Arbeit der AfA sehr wichtig ist. Im Bereich des Öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein könnte Albig sich einen Umbau in den Verwaltungs-Dienststellen vorstellen. Doppelte Aufgaben sollten abgebaut werden und Aufgaben könnten zentralisiert werden. Im Rahmen des Wahlkampfes unter dem Motto „Das Stärkste im Norden“ plant Torsten Albig einen Besuch in einem Betrieb im Kreis Schleswig-Flensburg im März 2012.

Die AfA SL-FL wird sich als Schwerpunkt ihrer Arbeit in den nächsten Monaten mit der Zukunft der Rente befassen. Hierzu soll eine Veranstaltung angeboten werden.

Anne Marxen

SPD KV-INTERN

MdB Sönke Rix: Keine taktischen Spielchen am Kanal

Der Investitionsstau an den Schleusen- und den Kanalanlagen in Kiel und Brunsbüttel ist gewaltig. Aber lediglich 25 Millionen Euro will die Bundesregierung im nächsten Jahr für den Nord-Ostsee-Kanal ausgeben. 26 Millionen Euro sind als Einnahmen aus Gebühren veranschlagt. Der Bund gibt damit weniger für den NOK aus, als er durch ihn einnimmt.



Insgesamt sollen die Baumaßnahmen am gesamten NOK über eine Milliarde Euro kosten. Am dringendsten ist der

Sanierungsbedarf allerdings in Brunsbüttel. Seit Jahren häufen sich die Ausfälle der Schleusen und es ist immer weniger Personal zur Unterhaltung vorhanden. Es ist verheerend, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den Bau einer 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel immer wieder aufschiebt. 1,9 von benötigten 273 Millionen Euro will die Bundesregierung dafür im nächsten Jahr zur Verfügung stellen. Damit gefährdet die Bundesregierung auch Arbeitsplätze bei den Lotsen, in Maklerbetrieben, Hafenbetrieben und in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Die Aussage des Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium Scheuerle (CSU), er hätte sich noch um 450 ebenso wichtige Schleusen zu kümmern, zeigt vor allem eines: An der Spitze des Ministeriums hat man keine Ahnung von der Bedeutung des Kanals.

Die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals geht über Schleswig-Holstein und die Bun-

desrepublik weit hinaus. Er ist wichtiger Bestandteil des nordeuropäischen Wirtschaftsraumes und fördert somit auch die gesamte europäische Zusammenarbeit im Ostseeraum. Gleichzeitig ist er aber auch Rückgrat der regionalen Wirtschaft und Werftindustrie von Brunsbüttel über Rendsburg bis Kiel.

Von daher ist auch die relative Gelassenheit der schleswig-holsteinischen Landesregierung in dieser Frage verwunderlich. Es ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen nicht ein ähnliches Spiel treiben, wie bei der Rettung der Lübecker Universität. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, dass der Ministerpräsident und der neue Spitzenkandidat erst nach Berlin reisen und sich dann nach einem erfolgreichen Gespräch mit ihrem Parteifreund Ramsauer als Kanalretter feiern lassen.

Der Kanal und alle, die wirtschaftlich von seinem reibungslosen Betrieb abhängen, brauchen solche Inszenierungen nicht. Und die vielen Familien, die mit ihren Arbeitsplätzen unmittelbar vom Kanal abhängig sind, auch nicht.

Wichtig ist dagegen ein abgestimmtes Auftreten der nördlichen Bundesländer im Bundesrat, um die Bundesregierung an ihre Pflichten in Bezug auf die Bundeswasserstraße im Norden zu erinnern. Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten werden in der nächsten Sitzungswoche am 21. September die Bundesregierung gezielt zu ihren Plänen zum NOK befragen. Damit wollen wir auch einer Inszenierung vorbeugen.

Sönke Rix

SPD KV-INTERN

Jubiläum im SPD-Amtsverband Hürup

Laut SPD-Statuten gibt es einen Amtsverband nicht und doch: vor 40 Jahren gründeten unter Leitung unseres unvergessenen Genossen Christian Thomsen, Kreistagsabgeordneter und langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Tastrup, sowie SPD Genossen/innen, wie Agnes Kuhrau, Günter Schmidt, Karl-Heinz Rosenthal, Karla und Heinz Plenk und anderer Genossen den Amtsverband. Der Kreisvorstand tat sich sehr schwer, die Geschäftsordnung, die der Amtsverband sich gab zu genehmigen.

Ein einzelner SPD - Ortsverein konnte keine große politische Veranstaltung durchführen, aber der Amtsverband erwies sich als ideal. Ob im Wahlkampf oder bei aktuell brisante Themen, die unsere Mitbürger interessierten, der SPD- Amtsverband plante und arbeitete in den vergangenen 40 Jahren fruchtbar zusammen. Und so wird es auch in Zukunft sein, konstruktive Arbeit ist erfolgreich, wenn wir alle weiterhin an einem Strang ziehen. Und das tun wir!

Übrigens, noch heute sind Gründungsmitglieder aktiv im SPD - Amtsverband Hürup. Der Wanderpokal, den Gabi Kötschau zum 10 jährigen Bestehen des Amtsverbands für den besten Ortsverein im Kegeln stiftete, der wandert noch immer!

Frauke Kramer

Lebhafter Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg in Satrup

Trotz des schönen Sommerwetters folgten viele Delegierte aus den Ortsvereinen der Einladung zum Kreisparteitag am 28. Juni

2011 in Satrup. Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel berichtete in der Eröffnungsrede über seine vielen Besuche bei den Ortsvereinen und besonders die erfolgreiche Kandidatenvorstellung im Februar dieses Jahres hervor, die in Tarp stattgefunden hat, und hob die erfolgreiche Einbindung der Mitglieder bei der Wahl des Spitzenkandidaten hervor:

„Die Mitgliederbefragung war ein großer Erfolg und hat viele zur Mitarbeit ange-regt.“



Mit Spannung wurde die Rede des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Torsten Albig erwartet. Unter dem Motto „Schleswig-Holstein braucht den Wechsel“ erläuterte Albig in seiner Rede, aus welchen Gründen die Menschen in Schleswig-Holstein einen Regierungswechsel verdient haben. Die SPD in Person Torsten Albig will Verantwortung für die Menschen übernehmen und die Sorgen und Nöte der Bevölkerung ernst nehmen. „Wir kämpfen für die richtigen Antworten“, so Albig. Schleswig-Holstein benötigt den Wechsel, da die negativen Auswirkungen der schwarz/gelben Regierung wie „Mehltau über Schleswig-Holstein“ liegen. Albig sieht seine Schwerpunkte in einem ausgeglichenen Haushalt, sichere und verlässliche Bildungspolitik, Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein mit Schwerpunkt erneuerbare Energien und

SPD KV-INTERN

vor allen Dingen will er den Dialog mit den Menschen führen, auch nach der Wahl. In den nächsten Monaten werden Zukunftsgespräche in den Kreisverbänden geführt, woran alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können. Im Kreis SL-FL finden die zukunftsweisenden Gespräche am 20. August in Schleswig statt.

Im Anschluss an die Ausführungen von Torsten Albig nutzten viele die Gelegenheit Fragen an den Spitzenkandidaten zu stellen. Die angesprochen Themen mit Schwerpunkten Versprechen der Politik und Umsetzung nach der Wahl einlösen, Politikmüdigkeit, Bildungspolitik, Zusammenarbeit mit den Grünen und nach Visionen des Spitzenkandidaten wurden von Torsten Albig ausführlich beantwortet.

Auf dem Kreisparteitag wurden außerdem 15 Delegierte und genügend Ersatzdelegierte zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl gewählt. Die Landesdelegiertenkonferenz findet Anfang Februar 2012 in Lübeck statt.

Der Kreisparteitag behandelte einen Initiativantrag zum Thema „Husum – internationaler Messestandort für erneuerbare Energien erhalten“ und stimmte diesem Antrag einstimmig zu. Ein weiterer Initiativantrag zum Thema „Parteireform – die SPD erneuert sich“ des SPD-Bundesparteivorstandes regte zu einer lebhaften Diskussion über die geplante Parteiöffnung für Nicht-Mitglieder an. Die Reform soll auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 verabschiedet werden. Es wurde beschlossen, dass den Ortsvereinen das 25seitige Papier zur Verfügung gestellt wird, um eine breit angelegte Basis-einbeziehung zu erzielen. Das Thema wurde dann eigens abschließend auf einem Kreisverbandsausschuss im August 2011 in Gammellund behandelt, wo der MdL Sönke Rix hilfreich zur Seite stand. Der

Antragsschluss zum Bundesparteitag im Dezember 2011 zu dem Thema „Parteireform“ wurde aktuell verlängert auf den 26. November 2011.

Anne Marxen

Zukunftsgespräch am 20. August in Schleswig

Im Rahmen des „Demokratiesommers“ führte der Weg vom Spitzenkandidaten für die Landtagswahl Torsten Albig im Rahmen seiner „Zukunftsgespräche“ am 20. August 2011 in den Kreis Schleswig-Flensburg. Trotz des strahlenden Sommerwetters folgten knapp 50 Gäste der Einladung von Torsten Albig in die Strandhalle Schleswig.



Schon bei Eintritt in den Saal bekamen die Besucher den Eindruck, dass sie hier auf vielfältiger Weise ihre Meinungen und Fragen äußern konnten. Die Veranstaltung war in drei Teile gegliedert: Einem kurzen Interview folgte eine Phase der Äußerungen an verschiedene Stationen. Als Letztes gab es noch eine Diskussionsrunde.

In der Interview-Runde wurden drei Themen angesprochen:

SPD KV-INTERN

- Es ist nicht verwunderlich, dass sich so viele Bürger von der Politik abwenden, denn Demokratie trifft auf abstoßende Politik. Die Politik präsentiert sich oft als Kampf Mensch gegen Mensch mit teilweise sehr unsauberen Mitteln. Sie versteht sich häufig nicht mehr als Kampf um die besseren Ideen. Es darf keine Schlacht sein, in der der Mitbewerber verletzt am Boden liegt. Die Ideen und Vorstellungen, wie die Zukunft gestaltet wird, müssen Vorrang haben.
- Die Autobrände in den Großstädten beunruhigen – besonders die Tumulte in England und seinerzeit in Frankreich. Es gibt in allen Ländern Menschen mit guten Chancen und Chancenarme. Dazwischen ist eine „Mauer“ entstanden. Aus Frust und Resignation ex-integrieren sie sich praktisch. In Deutschland muss darauf geachtet werden, dass die Chancenarmen nicht von der Teilhabe des öffentlichen und kulturellen Lebens abgeschnitten werden.
- Die Bundeswasserstraße Nord-Ostseekanal (NOK), der nicht nur für S-H ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, muss dringend saniert und erweitert werden. Kürzlich wurde bekannt, dass der NOK teilweise gesperrt werden muss, weil eine Baumaßnahme zurzeit wegen Geldmangels nicht möglich sei. Dies ist sehr kurzsichtig gedacht, denn es betrifft die gesamte deutsche Wirtschaft. Es wird befürchtet, dass die Schifffahrt nach Rotterdam ausweicht.

In den nächsten drei Viertelstunden hatten die Besucher Gelegenheit, sich an den sieben verschiedenen Stationen zu äußern. Da gab es einen Dialogtisch, wo die Besucher Gelegenheit hatten sich zu unterhalten. Stichworte über die Themen wurden auf ein großes Papier geschrieben. Daneben stand eine Video-Kamera bereit, vor der Statements abgegeben wurden, die

dann in einen Gesamtfilm von allen Zukunftsgesprächen zusammen geschnitten werden (natürlich nur mit Genehmigung desjenigen, der gefilmt wurde).

An der nächsten Station konnten sich Interessierte von einer Fotokamera mit einem selbst verfassten Plakat aufnehmen lassen. Weiterhin gab es die Möglichkeit, Ideen, Wünsche und Projekte auf Kärtchen zu schreiben. Diese wurden dann nach Sachgebieten geordnet an eine Pinnwand gesteckt. Schließlich gab es noch zwei Zettelkästen - einen Meckerkasten und einen Zukunftskasten - in die Äußerungen auf Kärtchen anonym gelegt werden konnten nach dem nach dem www-Prinzip (was mir wahnsinnig wichtig ist und warum). Jede Station wurde von Helfern betreut. Alle Äußerungen von allen Stationen und von allen Zukunftsgesprächen werden gesammelt und fließen in den Bürgerparteiabend am 24. September in Rendsburg ein. Es gibt auch die Möglichkeit in einem Blog im Internet unter www.demokratiesommer.de zu diskutieren.

In der anschließenden Diskussionsrunde war das Thema Bildung vorherrschend. Es wurden aber auch die Themen Integration von Migranten, Ausländerwahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft, Bundeswehrreform und Fehmarn-Belt-Querung angesprochen und diskutiert.

Als Schlusswort formulierte Albig sein Ziel für ein starkes Schleswig-Holstein, wozu es Ausdauer und einen langen Weg bedarf. Die Arbeit für dieses Ziel und mit dem Votum der Bürgerinnen und Bürger für die SPD beginnt gleich nach der Landtagswahl am 6. Mai 2012.

*Hans-Christian Biermann
Mitglied im Kreisvorstand*

SPD KV-INTERN

Großer Anklang auf dem Flohmarkt in Hollmühle

Der Kreisvorstand Schleswig-Flensburg war am 28. August 2011 mit einem Informationsstand auf dem traditionellen Flohmarkt des Ortsvereins Struxdorf im Dörps- und Schüttenhuus in Hollmühle vertreten. Die Einnahmen und Spenden des diesjährigen Flohmarktes waren in diesem Jahr für die Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde vorgesehen.

Der Stand des KV war direkt am Eingang des Gemeinschaftshauses gut platziert, sodass die Besucher von der SPD begrüßt wurden. Einen besonderen Anklang fand bei den Kindern das Glücksrad, wo sie kleine Geschenke erdrehen konnten.

Bei Grillwurst und leckeren Kuchen führten der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel, MdL Birte Pauls und andere KV-Mitglieder den ganzen Tag über im Dörps- und Schüttenhuus zahlreiche Gespräche mit den Besucherinnen und Besuchern, aber auch mit der OV-Vorsitzenden Carmen Albertsen und den Mitgliedern des Ortsvereins Struxdorf.



Foto: Georg Pietrowski

Auf dem Foto von links nach rechts: Ralf Wrobel, Carmen Albertsen, Thorsten Schacht



Impressum:

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender
der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.

Antrag an den Landesparteirat SH und an den SPD-Landesverband SH

Thema: Parteireform „Die SPD erneuert sich“

Antragstext:

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg hat sich auf dem Kreisparteitag im Juni 2011 und nachfolgend auf einer parteiöffentlichen Kreisverbandsausschusssitzung sehr intensiv mit der anstehenden Parteireform beschäftigt.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg fordert den Landesvorstand und den Landesparteirat auf, folgende Empfehlungen des SPD-Kreisverbandes SL - FL zu unterstützen:

- **Keine Öffnung für Nicht-Mitglieder bei inhaltlichen Entscheidungen oder Kandidatenaufstellungen.**
- **Das Wort „Bürgerparteitage“ ist missverständlich und muss durch das Wort „Bürgerforen“ ersetzt werden.**
- **Die Mitgliedsbeiträge sind so zu organisieren, dass sie weiterhin solidarisch finanziert werden und trotzdem Anreize bieten sich entsprechend korrekt einzugruppieren.**
- **Wir brauchen Mitmacher und Mitmacherinnen, die auch Beiträge zahlen um Parteiarbeit finanziell auf eine starke Basis zu stellen. Anstelle des bisherigen Beitragssystems (gestaffelt nach Einkommen), sollte ein neues Beitragssystem treten, das Jedem erlaubt, sich schnell einzugruppieren. Hier sollte auf bereits bewährte Strukturen bestehender Vereine/Verbände/ Institutionen zurückgegriffen werden.**

Begründung:

Im Frühjahr 2010 haben Ortsvereine an einer bundesweiten Befragung der SPD-Ortsvereine teilgenommen. Es wurde u. a. nach Gründen für die verlorene Bundestagswahl und Eindrücke aus dem Wahlkampf gefragt als auch die Frage nach der zukünftigen Wichtigkeit politischer Themen. Gefragt wurde ferner, welche Beteiligungsformen für Nichtparteimitglieder geöffnet werden könnten. Die bundesweite Auswertung ergab, dass 79% der Ortsvereine eine Beteiligung zu inhaltlichen Positionen für Nicht-Mitglieder befürworteten. Abgelehnt wurden Entscheidungen zu inhaltlichen Positionen sowie die Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter. Es ist uns absolut unverständlich, dass diese Ergebnisse von der Parteiführung komplett ignoriert werden und in dem vorgelegten Papier (nun) genau das Gegenteil vorgeschlagen wird. Eine Mitgliedschaft in der SPD wird entwertet, sollten auch Nicht-Mitglieder darüber entscheiden, welche Positionen unsere Partei vertritt oder wer bei Parlaments- oder Direktwahlen aufgestellt wird. Dabei ist uns aber der Dialog mit nahestehenden und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen selbstverständlich weiterhin wichtig.

Ralf Wrobel
SPD- Kreisvorsitzender
Groß-Brebel 42
24392 Brebel
Tel. 04641-2709
Wrobel-Brebel@t-online.de

Büro: Königstraße 4
24837 Schleswig
eMail: KV-Schleswig-Flensburg@spd.de
homepage: <http://www.spd-net-sh.de/sl/>
Tel. 04621/27110
Fax 04621/29345

Bankverbindung:
Nord – Ostsee Sparkasse
BLZ 217 500 00
Konto 37141